

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 148. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 16. Dezember 2004

#### Zusatztagesordnungspunkt 5:

#### **Aktuelle Stunde** auf Verlangen der Fraktion der SPD: **Zwischenbilanz des nationalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland**

13828 B

#### **Petra Pau (fraktionslos):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor Monaten haben sich SPD und Grüne für einen freiwilligen Ausbildungspakt entschieden und dafür auf eine verbindliche Ausbildungsumlage verzichtet. Die PDS im Bundestag hielt das für falsch. Ich werde auch heute Wasser in den Freudenwein gießen müssen.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Dabei spreche ich der Regierung und den Unternehmerverbänden gar nicht ab, dass sie sich bemüht haben. Ich selbst habe mich in Berlin auf Ausbildungsmessen, auf der Nachvermittlungsbörse und ähnlichen Veranstaltungen informiert und gesehen, wie versucht wurde, die Lehrstellenmisere zu mildern. Aber die Misere ist nicht gelöst. Die Schere zwischen Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen, und Ausbildungsplätzen klafft nach wie vor weit auseinander. Noch schlimmer ist: Das betrifft viele Jugendliche, denen der Start ins Berufsleben schon über mehrere Jahre verbaut bleibt.

Sie kennen die Meinung der PDS. Wir streiten seit langem für eine Ausbildungsumlage.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Wir wollen dadurch die Betriebe entlasten, die ausbilden, obwohl es ihnen schwer fällt, und jene Konzerne zur Kasse bitten, die nicht ausbilden, obwohl sie es sehr wohl könnten. Denn es ist seit Jahren Brauch, dass Großkonzerne immer weniger ausbilden und dass die betriebliche Ausbildung vor allem von kleinen Unternehmen gemeistert wird. Diese ungerechte Schieflage hat Ihr Ausbildungspakt nicht beseitigt. Sie begünstigen wieder die Großen und belasten die Kleinen. Die PDS im Bundestag wollte es umgekehrt. Wir wollten es gerechter.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Aber auch die nackten Zahlen sprechen nicht für den Ausbildungspakt. IG-Metall-Chef Peters hat es so beschrieben: Die Unternehmen hätten zwar formal ihre Zusage eingehalten, aber die Entwicklung laufe ihnen davon. Die Zahl der Bewerber übersteigt erneut die Zahl zusätzlicher Ausbildungsverträge. Der DGB in Berlin-Brandenburg hat noch schärfer nachgerechnet. Demnach sank das Ausbildungsangebot über alle Kammern hinweg. Der DGB spricht vom schlechtesten Vermittlungsjahr seit 1992.

Das lässt sich mit weiteren Zahlen und Vergleichen belegen. Das Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe hat zum Stichtag 30. September – das war der von Rot-Grün selbst gewählte Stichtag – gerechnet. Das Ergebnis: Im Vergleich zu 1999 war das Lehrstellenangebot in allen Bundesländern rückläufig. In den neuen Bundesländern werden in diesem Jahr sogar fast 17 Prozent weniger Ausbildungsverträge geschlossen als vor fünf Jahren.

Das nennt der Bundeswirtschaftsminister eine Erfolgsstory. Er will den Pakt nun erst einmal drei Jahre wirken lassen. Die PDS hat andere Maßstäbe. Das mag auch daran liegen, dass wir häufiger mit Jugendlichen zu tun haben, die sich abgehängt fühlen und daher mit der Erfolgspropaganda zum

Ausbildungspakt nichts anfangen können. Wenn Rot-Grün wirklich eine Bildungsoffensive will, dann sollten sie nicht länger den Paktweg beschreiten. Er ist aus unserer Sicht eine Sackgasse.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])